

21. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 04.03.2014	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:59 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Bontjer, Johann	CDU	
Dirksen, Dieter	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Antje	SPD	
Hasbach, Bernd	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Weilage, Udo	CDU	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Jan Roß
Verwaltung		
Dettmers, Hanna		Protokollführerin
Saathoff, Irene		
Weber, Harm-Uwe		

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Siebels, Wiard	SPD
----------------	-----

Grundmandat

Roß, Jan	DIE LINKE.
----------	------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|------|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.02.2014 |
| 5. | 5. Beratung Haushalt 2014 |
| 6. | Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2014 |
| 6.1. | Festsetzung der Investitionssummen für die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2017
Vorlage: VIII-AF/2014/004 |
| 6.2. | Zielvereinbarung von Politik und Verwaltung zum Abbau der Kassenkredite
Vorlage: VIII-AF/2014/005 |
| 6.3. | Strukturfonds
Vorlage: VIII-AF/2014/002 |
| 6.4. | Schülerbeförderung
Vorlage: VIII-AF/2014/003 |
| 6.5. | Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe
Vorlage: VIII-AF/2014/007 |
| 6.6. | Stellenplan
Vorlage: VIII-AF/2014/006 |
| 7. | Sonstige Anträge zum Haushalt 2014 |
| 7.1. | Antrag der Niederländisch Deutschen Heimvolkshochschule e.V. (Europa-
haus) auf einen Zuschuss über 25.000 Euro |
| 7.2. | Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; ÖPNV und Schülerbeförderung im
Landkreis Aurich
Vorlage: VIII-AF/2014/008 |
| 7.3. | Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Einrichtung einer Koordinierungs-
stelle für Migration und Teilhabe
Vorlage: VIII-AF/2014/010 |
| 7.4. | Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Fortsetzung der KMU-Förderung
im Landkreis Aurich
Vorlage: VIII-AF/2014/009 |
| 7.5. | Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Unterstützungsleistungen für die
ehrenamtliche Hospizarbeit im Landkreis Aurich
Vorlage: VIII-AF/2014/011 |
| 7.6. | Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Unterstützungsleistungen für
Auslagen von ehrenamtlichen HelferInnen in der Arbeit mit Flüchtlingen und |

	Asylbewerbern Vorlage: VIII-AF/2014/012
7.7.	Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Antrag auf Fördermittel für medienpädagogische Projekte 2014 im Landkreis Aurich Vorlage: VIII-AF/2014/013
7.8.	Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Erhöhung des Haushaltsansatzes für Sanierungsmaßnahmen an Fahrradwegen Vorlage: VIII-AF/2014/014
8.	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 Vorlage: VIII/2014/053
9.	Anfragen
10.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.03 Uhr die 21. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung und die Zuschauer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Ihnen nahm für den Abgeordneten Siebels und Abgeordnete Seelgen nahm für den Abgeordneten Roß an der Sitzung teil. Abgeordneter Weilage war zu Beginn der Sitzung nicht anwesend, sollte aber etwas später an der Sitzung teilnehmen.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.02.2014

Abgeordnete Griesel wies auf die Anfrage der GFA/FDP-Gruppe bezüglich des Schuldenstands des Landkreises Aurich hin, die Aufstellung sei wider Erwarten dem Protokoll nicht beigefügt worden.

Frau Saathoff antwortete, dass sie die Übersicht der Schulden heute dem Finanzausschuss vorstellen werde und als Kopie an die Abgeordneten verteilen werde.

Die Niederschrift über die 20. Sitzung des Finanzausschusses vom 12.02.2013 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 5. Beratung Haushalt 2014

Frau Saathoff legte eine Folie auf, die die Veränderungen im Haushaltsplan nach der Sitzung des Finanzausschusses am 12. Februar 2014 dokumentierte. (Anlage 1) Die Einnahmen aus dem MESEO- Projekt seien eingearbeitet worden. Eine weitere Änderung ergebe sich bei den Verpflichtungsermächtigungen, für einen eventuellen Ankauf des Gebäudes des LKV Aurich in Georgsheil sei eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 700.000 Euro in den Haushalt 2014 aufgenommen worden (= Kaufpreis zzgl. Nebenkosten).

Landrat Weber erläuterte, dass das Amt 66 (Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche) in einem Teil des Gebäudes des LKV Aurich untergebracht sei, diese Räume seien vom Landkreis beim LKV angemietet. Da zusätzlicher Raumbedarf bestehe, seien Wirtschaftlichkeitsberechnungen bezüglich Miete oder Kauf angestellt worden. Ein eventueller Erwerb des zwanzig Jahre alten Gebäudes mit einem Grundstück von ca. 1.000 qm sei wirtschaftlicher, die Kaufpreis- Vorstellung des LKV liege bei 650.000 Euro. Diese Problematik habe er erst eine Woche zuvor erfahren. Um den rechtlichen Rahmen zu schaffen, falls ein Beschluss zum Ankauf erfolge, müsse eine Verpflichtungsermächtigung eingegangen werden.

Abgeordneter Dirksen wies darauf hin, dass er Vorstandsvorsteher des LKV Aurich sei und bestätigte, dass die Verhandlungen über einen möglichen Kauf und die Ermittlung des Kaufpreises in der letzten Woche stattgefunden hätten. Der Verbandsausschuss des LKV müsste ebenso wie das Gremium des Landkreises dem gemeinsam erarbeiteten Vorschlag noch zustimmen, dies sei abzuwarten.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel informierte, dass der 1. Kreisrat Herr Dr. Puchert gemeinsam mit Frau Rieger vom Amt 66 und Frau Saathoff ihrer Fraktion die Informationen gegeben hätten, dass ein Ankauf des Gebäudes günstiger sei. Grundsätzlich fordere sie ein Raumoptimie-



rungskonzept, das aufzeige, wie der zur Verfügung stehende Raum optimal genutzt werden könne. Es werde für Breitbandstruktur und Anbindung der Außenstellen eine Menge Geld ausgegeben. Sie fordere, auch die Möglichkeit von Telearbeitsplätzen vermehrt in Betracht zu ziehen.

Abgeordnete Griesel unterstützte die Forderung nach einem Raumkonzept. Es seien in Brems Garten Büroräume angemietet worden ebenso im Familienzentrum. Sie stellte die Frage, wie viel Büros der Landkreis noch brauche. Irgendwann müssten die Käufe bzw. Anmietungen von Gebäuden aufhören. Der Diskussion müsse eine Gesamtbetrachtung zugrunde liegen und nicht die Bedarfe der jeweiligen einzelnen Ämter.

Abgeordneter Weilage nimmt ab 15.18 Uhr an der Sitzung teil.

Landrat Weber erwiderte, dass er die Frage ad hoc nicht beantworten könne. Der Standort Georgsheil sei seinerzeit gewählt worden, da zudem in Norden das Verwaltungsgebäude aufgegeben wurde, um vom Ulrichsgymnasium Norden genutzt zu werden. Konzepte hätten den negativen Beigeschmack, Dinge vor sich herzuschieben. Er bitte darum, der Aufnahme der Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2014 zuzustimmen, die Verpflichtungsermächtigung sei eine Vorbereitung für die Möglichkeit einer Entwicklung.

Abgeordneter Agena erkundigte sich, wie der weitere Ablauf aussehe.

Landrat Weber antwortete, dass es weitere Gespräche mit den LKV Aurich geben werde. Die Beschlussfassung erfolge ggf. dann im Kreisausschuss.

TOP 6 **Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2014**

Vorsitzender Thiele erklärte, dass sechs Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorlägen und bat die Fraktion jeweils ihre Anträge vorzustellen.

TOP 6.1 **Festsetzung der Investitionssummen für die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2017**
Vorlage: VIII-AF/2014/004

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel stellte den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, der die Aufnahme der Investitionssummen in die Haushaltssatzung 2014 für die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2017 beinhaltete. Sie begründete den Antrag damit, dass sich in den letzten Jahren die Investitionssummen immer erhöht haben und Geld für Investitionen eingeplant wurde, von dem die Politik im Jahr zuvor noch nichts wusste. Es gebe Informationsdefizite zwischen

Verwaltung und Politik, durch eine mittel- und langfristige Planung könne ein verlässlicher Haushalt aufgestellt werden.

Landrat Weber entgegnete, dass diese Verfahrensweise laut Gesetz nicht möglich sei, da genaue Vorgaben für die Haushaltssatzung existieren.

Frau Saathoff ergänzte, dass sich die Haushaltssatzung nur auf das laufende Jahr beziehe und die zu machenden Angaben seien genau festgeschrieben. Die gelte ebenso für die Finanzplanung und die Anlagen zur Haushaltssatzung, die zur Kenntnis genommen werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel sagte, dass bei anderen Kommunen, wie z.B. beim Landkreis Lüneburg, die geforderten Informationen in der Haushaltssatzung enthalten seien.

Anmerkung zum Protokoll:

Laut beigefügter Haushaltssatzung des Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2014 sind auch hier keine Investitionssummen für die Folgejahre aufgeführt. (Anlage 2)

Abgeordnete Griesel unterstützte die Sichtweise der Verwaltung, indem sie erklärte, dass es in der Haushaltssatzung um Verbindlichkeit gehe. Es könne nicht angehen, dass Investitionen für 2016 beschlossen werden, wenn sich herausstellt, dass im Jahre 2015 dringende Investitionen getätigt werden müssen. Der Kreistag sei jedes Jahr in der Lage Investitionen zu ändern.

Über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde abgestimmt.

Beschlussvorschlag Nr. VIII-AF/2014/004:

In die Haushaltssatzung 2014 werden die Investitionssummen für die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2017 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 10 Enthaltungen: 1
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 6.2 Zielvereinbarung von Politik und Verwaltung zum Abbau der Kassenkredite
Vorlage: VIII-AF/2014/005

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel stellte den Antrag ihrer Fraktion vor, in dem eine Zielvereinbarung zum Abbau der Kassenkredite des Landkreises Aurich jedes Jahr mit 5 % der Einnahmen von Kreisumlage und Schlüsselzuweisung gefordert wird. Im Augenblick gebe es „einen Haushalt der Beliebigkeit“, mit der Zielvereinbarung könne der Wille zur Ent-

schuldung gezeigt werden und würde Verantwortung übernommen werden. Trotz hoher Einnahmen steige die Verschuldung weiter an, es „gebe tausende Ideen, um Geld auszugeben“. Sie vermisse Herrn Theuerkauf, der sich das Ziel gesetzt habe bis zu seiner Pensionierung eine schwarze Null zu schreiben.

Landrat Weber erklärte, dass der Antrag Defizite habe, da sich die Kassenkredite ständig verändern. 5 % der Einnahmen aus Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen wären ca. 7,7 Millionen Euro, das Jahresergebnis betrage 10,2 Millionen Euro. Auch er habe das Ziel, eine schwarze Null zu schreiben nicht aufgegeben.

Abgeordnete Harms war ebenfalls der Ansicht, dass der Abbau des Defizits auch in den Folgejahren Priorität vor der Umsetzung des Strukturfonds habe.

Abgeordnete Griesel unterstütze den Antrag vorbehaltlos. Bei dem Überschuss von ca. 10,2 Millionen Euro bliebe es nicht, da die Kosten für die Demontage des Ranzelgatts hinzukämen. Einen Strukturfonds könne sich der Landkreis nicht leisten. Mit der gewünschten Zielvereinbarung könne ein Zeichen gesetzt werden.

Vorsitzender Thiele ließ über den Antrag der Bündnis 90 /Die Grünen abstimmen.

Beschluss-Vorschlag Nr. VIII-AF/2014/005

Die Kassenkredite des Landkreises Aurich sollen jedes Jahr mit 5 % der Einnahmen von Kreisumlage und Schlüsselzuweisung abgebaut werden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 3
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 6.3 Strukturfonds **Vorlage: VIII-AF/2014/002**

Abgeordneter Agena erläuterte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Strukturfonds. Die Zahlungen aus dem Fonds haben einen Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Gemeinden zum Ziel. Der Landkreis habe zwar ein gutes Einnahmejahr, werde aber der Strukturfonds eingerichtet, käme dies einem Lottogewinner gleich, der Geld verschenkt, aber seine Schulden auf der Bank vergisst. Der Landkreis könne es sich nicht leisten, Geld an die Gemeinden zu verteilen, sondern müsse das Geld zum weiteren Abbau kurzfristiger Verbindlichkeiten verwenden. Außerdem nehme der Landkreis bereits durch die Erhöhung seines Anteils bei den Kosten für die Kindertagesstätten eine erhöhte Zahlung an die Kommunen vor.

Landrat Weber sagte, dass es eine starke finanzielle Diskrepanz zwischen der Stadt Aurich und einigen Gemeinden gebe, die über die Kreisumlage hinaus mit der Errichtung eines Strukturfonds gemildert werden könne. Es herrsche Einverständnis, dass eine Absenkung der Kreisumlage nicht in Betracht komme. Einige Gemeinden hätten die Zahlungen aus dem Strukturfonds schon im Haushaltsplan 2014 veranschlagt.

Abgeordneter Bontjer kritisierte, dass der Schuldenberg trotz guter Jahre und Niedrigzinsphasen seit 2011 immer weiter anwachse, zudem müssten die weiteren Ausgaben für die UEK gGmbH im Blick behalten werden. Der Landkreis Aurich könne sich die Einrichtung eines Strukturfonds nicht leisten.

Abgeordnete Griesel empfand das Verfahren des Strukturfonds als „unerträglich“. Sie war der Meinung, dass die Bürgermeister der Gemeinden für Schulen und Kindertagesstätten vom Landkreis das einfordern sollen, was ihnen zustehe. Für die Kindertagesstätten müsse der Landkreis ein Drittel der Kosten übernehmen. Wenn die Gemeinden dieses Geld erhielten, sei der Strukturfonds überflüssig. Der Landkreis könne sich drei Millionen Euro für den Strukturfonds nicht leisten; es stünde zudem eine Finanzierung von 300 Millionen Euro für ein neues Krankenhaus im Raume.

Landrat Weber war es leid „sich diesen Quatsch länger anzuhören“. Er stellte klar, dass es keine rechtliche Verpflichtung des Landkreises gebe, einen Teil der Kosten für die Kitas zu zahlen. In einer früheren Vereinbarung wurde angestrebt, dass der Landkreis, die Gemeinden und die Eltern jeweils ein Drittel der Kosten tragen. In den danach folgenden Vereinbarungen sei diese Regelung gar nicht mehr enthalten und zurzeit gebe es keine aktuell gültige Vereinbarung. Keine Kommune würde ein Drittel der Kosten von den Eltern verlangen, die Stadt Aurich erhebe keine Gebühren. Was passieren könne, sei der Fall, dass die Gemeinde die Trägerschaft für die Kitas an den Landkreis zurück übertrage, was eine Erhöhung der Kreisumlage zur Folge hätte.

Abgeordneter Dirksen warf ein, dass die Möglichkeit zur Errichtung eines Strukturfonds schon länger bekannt sei, nicht erst seit heute, aber er sei „auch nicht glücklich“ über diese Ausgabe. Das Geld würde z.B. für die Investition in Straßen gebraucht. Dennoch würde er in diesem Haushaltsjahr die Einrichtung des Strukturfonds unterstützen, im nächsten Jahr müsse neu beraten werden.

Abgeordneter Strömer wies darauf hin, dass der Landkreis Körperschaft und Gemeindeverband sei und meinte, dass die Schaffung des Strukturfonds der richtige Weg sei, dass „eine neue Ära zwischen dem Landkreis und den Gemeinden beginne“.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel betonte, dass der Landkreis kein Geld zu verschenken habe und dass die Schulden abgebaut werden müssen. Die Neiddebatte, die geführt werde, sei unerträglich, „es würde nur auf die Stadt Aurich gehauen“. Außerdem vermutete sie einen Zusammenhang zwischen dem Strukturfonds und den anstehenden Bürgermeisterwahlen.

Abgeordnete Seelgen sagte, dass sie den Strukturfonds dahingehend verstehe, dass nicht die Stadt Aurich geschädigt werden solle, sondern, dass finanzschwache Gemeinden unterstützt werden sollen und stellte die Frage, warum Schuldenabbau und Strukturfonds gegeneinander ausgespielt werden.

Abgeordneter Strömer meinte, dass der Landkreis als Gemeindeverband die Aufgabe habe, ausgleichend zu wirken, durch Zahlungen aus dem Strukturfonds an ärmere Gemeinden erfolge eine gerechtere Verteilung.

Über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen wurden abgestimmt.

Beschlussvorschlag Nr. VIII-AF/2014/002:

Der geplante Strukturfonds in Höhe von rund drei Millionen Euro wird nicht umgesetzt. Der Betrag in dieser Höhe soll zum Abbau kurzfristiger Verbindlichkeiten verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 3
 ➔ **Mehrheitlich abgelehnt**

TOP 6.4 Schülerbeförderung **Vorlage: VIII-AF/2014/003**

Vorsitzender Thiele teilte mit, dass neben dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ein weiterer Antrag zur Schülerbeförderung von der SPD-Fraktion vorläge, der gleich mitbehandelt werde.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erläuterte zunächst ihren Antrag zur Schülerbeförderung, der eine Kürzung der Transferleistungen im Bereich der Schülerbeförderung um 150.000 Euro auf 9.245.100 Euro vorsieht. Begrüßt wurde, dass das Amt 80 bei der Schülerbeförderung erkannt habe, dass Optimierungsmöglichkeiten bestünden, daher verzichte die Fraktion auf die Forderung, das Ziel der Optimierung ohne zusätzliches Personal zu erreichen.

Anschließend stellte **Abgeordnete Harms** den Antrag zur Schülerbeförderung der SPD-Fraktion vor. Diese möchte den geplanten Haushaltsansatz nicht verändern, da die mit den Busunternehmern und Taxen geschlossenen Verträge erst im Jahre 2015 neu verhandelt werden können. Die Fraktion möchte die Verwaltung beauftragen, einen Nahverkehrsplan für den Landkreis Aurich zu erstellen und die Einzelbeförderung in der Schülerbeförderung neu zu organisieren.

Abgeordnete Kleinert ergänzte, dass eine Kostenersparnis erst im nächsten Jahr möglich sei, da der Landkreis bis 2015 noch an geschlossene Verträge mit den Busunternehmen gebunden sei.

Landrat Weber informierte, dass das Thema der möglichen Kostenersparnis bei der Einzelbeförderung der Schüler schon in dem Wirtschaftsausschuss behandelt wurde. Er sei der Ansicht, dass gespart werden müsse, jedoch ohne, dass die Qualität leide, da es sich hier überwiegend um den Transport behinderter Kinder handele.

Abgeordneter Strömer erklärte, er habe sich überzeugen lassen, dass eine zusätzliche Kraft nötig sei. Die Personalkosten würden zwar steigen, aber durch die erarbeitete Optimierung der Schülerbeförderung gebe es Ersparnisse, die später zu Buche schlagen.

Abgeordneter Dirksen teilte mit, dass sich die CDU-Fraktion bei allen Anträgen der Bündnis 90 /Die Grünen und den erst heute vorgelegten Anträgen der SPD-Fraktion enthalten werden, da die Themen noch in ihrer Fraktion beraten werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel und **Abgeordneter Agena** kritisierten, dass die SPD-Fraktion ihre Anträge so spät eingereicht habe, so dass diese erst zur heutigen Sitzung vorliegen. Im letzten Jahr sei ihre Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für diese Vorgehensweise gerügt worden, dementsprechend hätten sie in diesem Jahr die Anträge frühzeitig eingereicht, während sie die Anträge der SPD-Fraktion erst heute zu Gesicht bekämen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel sprach im Zusammenhang mit den sich ergebenden Kosten, die Höhergruppierung von einem Mitarbeiter des zuständigen Amtes an, der nun im Ruhestand sei und den anonymen Brief, den sie erhalten habe und an den Landrat weitergeleitet habe, in dem behauptet wurde, dass Schüler aus einer Familie mit zwei Taxen abgeholt werden.

Landrat Weber antwortete, dass er diesen Fall habe sofort überprüfen lassen. In der Tat werden hier zu verschiedenen Zeiten behinderte Kinder abgeholt, da der Unterricht zu verschiedenen Zeiten beginne. Dies sei nicht zu vermeiden, da das zweite Kind nicht in dieser Zeit, wo das andere schon Unterricht habe, in der Schule betreut werden könne.

Abgeordnete Kleinert wies in diesem Zusammenhang auf Veränderungen in der Schülerbeförderung durch Ganztagsbetrieb der Schulen und durch Inklusion hin, die eine neue Bestandsaufnahme erforderlich machen.

Abgeordnete Griesel stellte fest, dass alle das gleiche Ziel hätten, die Frage sei, wie verfahren werde. Als Kompromiss könne der Vorjahresbetrag als Ansatz gewählt werden mit einem Sperrvermerk auf 9, 1 Millionen Euro. Wenn dieser Betrag nicht ausreiche, müsse die Verwaltung berichten und falls der Gesamtbetrag benötigt werde, sei dieser auf den Weg gebracht.

Landrat Weber betonte, dass die geplanten Beträge erforderlich seien, da der Landkreis an die Bussunternehmen vertraglich gebunden sei.

Über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wurde abgestimmt.

Beschlussvorschlag-Nr. VIII-AF/2014/003:

Der Haushaltsansatz im Haushalt 2014 für Transferzahlungen in der Schülerbeförderung wird auf 9.245.100 Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 4

➔ **Mehrheitlich abgelehnt**

Über den Antrag der SPD-Fraktion wurde abgestimmt.

Beschlussvorschlag-Nr. VIII-AF/2014/008:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Nahverkehrsplan für den Landkreis Aurich zu erstellen und die Einzelbeförderung in der Schulerbeförderung neu zu ordnen und zu organisieren.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 6

➔ **Einstimmig beschlossen**

TOP 6.5 Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe
Vorlage: VIII-AF/2014/007

Vorsitzender Thiele erklärte, dass es neben dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe ein Antrag der SPD-Fraktion vorliege, der ebenfalls vorgestellt werde.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen sieht vor, dass die Verwaltung einen Antrag auf Förderung einer Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe stellt, um die entsprechenden Landeszuschüsse zu erhalten. Eine halbe Stelle soll geschaffen werden, die als Stabsstelle direkt dem Landrat zugeordnet wird.

Abgeordnete Kleinert erläuterte den Unterschied des Antrages der SPD-Fraktion. Falls der Zuschuss vom Land Niedersachsen gezahlt werde, solle die Stelle beim Ordnungs- oder Sozialamt angesiedelt werden. Die



Aufgaben der sozialpädagogischen Kraft seien spezieller gefasst als in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel sagte, auch wenn Sie den Landrat schätze, die Stelle solle als Stabsstelle eingerichtet werden, da es sich um eine Querschnittsstelle handele, der oder die jeweilige Mitarbeiter/in könne z.B. auch im Jugendamt mit arbeiten.

Abgeordnete Seelgen fand es schade, dass die Einrichtung der Stelle von der Förderung des Landes Niedersachsen abhängig gemacht werde.

Zunächst wurde über den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen abgestimmt.

Beschlussvorschlag-Nr. VIII-AF/2014/007:

Die Verwaltung stellt einen Antrag bei der Landesregierung auf Förderung einer Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe, um die entsprechenden Landeszuschüsse zu erhalten. Es wird eine halbe Stelle für Migration und Teilhabe eingerichtet, die als Stabsstelle direkt dem Landrat zugeordnet ist. Der Stellenplan wird dementsprechend ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 4
➔ **Mehrheitlich abgelehnt**

Anschließend wurde über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Beschlussvorschlag-Nr. VIII-AF/2014/010:

Die Verwaltung des Landkreises Aurich wird beauftragt, beim Land Niedersachsen zu prüfen, ob und ggf. in welcher Höhe eine Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe bezuschusst werden kann. Sollte eine Bezuschussung erfolgen, wird der Stellenplan der Landkreises Aurich um diese Stelle erweitert.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 4
➔ **Mehrheitlich beschlossen**

TOP 6.6 Stellenplan
Vorlage: VIII-AF/2014/006

Abgeordneter Thiele bat darum, die Beratung dieses Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der die Besoldung der Amtsleiter und somit



den Stellenplan zum Inhalt habe, zuständigkeithalber in den Personalausschuss zu verweisen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Stellenplan wird an den Personalausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 3 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 7 Sonstige Anträge zum Haushalt 2014

Vorsitzender Thiele teilte mit, es lägen ein Antrag des Europahauses und sieben Anträge der SPD-Fraktion vor. Zwei Anträge der SPD-Fraktion wurden bereits im Zuge der Beratungen der Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgehandelt.

TOP 7.1 Antrag der Niederländisch Deutschen Heimvolkshochschule e.V. (Europahaus) auf einen Zuschuss über 25.000 Euro

Landrat Weber stellte den Antrag der Niederländisch-Deutschen Heimvolkshochschule e.V. (Europahaus) vor, in dem ein Zuschuss von 25.000 Euro beantragt wird. Vor zwei Jahren habe der Landkreis einen Zuschuss in Höhe von 35.000 Euro gezahlt, im letzten Jahr betrug der Zuschuss 25.000 Euro.

Abgeordneter Strömer war der Ansicht, dass der Geldfluss nun beendet werden müsse, da in den letzten Jahren Zuschüsse gezahlt wurden. Herr Theuerkauf solle rechtzeitig die Defizite des Europahauses aufzeigen. Er schlug vor, den Antrag zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Nach der persönlichen Meinung der **Abgeordneten Kleinert** sei die Arbeit, die im Europahaus geleistet werde, gut. Es würden wichtige Fortbildungen angeboten. Sie machte den Vorschlag einen Zuschuss von 15.000 Euro zu gewähren.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erklärte, dass sie auch eine Anhängerin des Europahauses sei, aber sie pflichtete auch dem Abgeordneten Strömer bei, dass seinerzeit Zuschüsse an das Europahaus geleistet wurden vor dem Hintergrund, dass es in Zukunft keine weiteren geben werde. Das Haus solle bestehen bleiben, aber besser planen, es liege nicht mal eine Tischvorlage vor.

Abgeordneter Dirksen schlug vor, die Gewährung des Zuschusses um ein Jahr zu verschieben, um vorher Planungsdaten des Europahauses vorgelegt zu bekommen.

Landrat Weber entgegnete, dass er das Schreiben schon längere Zeit vorliegen habe, aber auf dem Schreiben fehle das Datum. Es läge noch kein Jahresabschluss des Europahauses für 2013 vor, der Wirtschaftplan sei punktgenau realisiert worden. Er schlage ebenfalls die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 15.000 Euro vor.

Abgeordneter Hasbargen befürwortete den Kompromissvorschlag zur Zahlung von 15.000 Euro Zuschuss.

Abgeordneter Agena war der Ansicht, der Finanzausschuss könne nicht über einen Antrag beschließen, der nicht vorläge.

Landrat Weber erläuterte, ein Ansatz sei im Haushaltsplan noch nicht eingeplant. Er schlug vor, zunächst die Entwicklung der finanziellen Situation abzuwarten und ggf. später darüber zu entscheiden.

Vorsitzender Thiele ließ darüber abstimmen, dass der Antrag zur Beratung in die Fraktionen überwiesen werde.

Der Antrag wird zur Beratung an die Fraktionen überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7.2 **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; ÖPNV und Schülerbeförderung im Landkreis Aurich**
Vorlage: VIII-AF/2014/008

Der Antrag wurde bereits unter Punkt 6.4 zusammen mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgehandelt.

TOP 7.3 **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe**
Vorlage: VIII-AF/2014/010

Der Antrag wurde unter TOP 6.5 abgehandelt.

TOP 7.4 **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Fortsetzung der KMU-Förderung im Landkreis Aurich**



Vorlage: VIII-AF/2014/009

Abgeordnete Harms stellte den Antrag der SPD-Fraktion zur Fortsetzung der KMU-Förderung im Landkreis Aurich vor. Mit der finanziellen Unterstützung von Existenzgründern und Unternehmen in den letzten Jahren konnten eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im Landkreis Aurich geschaffen werden. Die Kreisverwaltung solle eine Förderrichtlinie für Investitionszuschüsse an Unternehmen und Existenzgründer für die nächsten Jahre erarbeiten. Der Ansatz im jeweiligen Haushaltsplan solle 250.000 Euro betragen. Den Richtlinien-Entwurf zugrunde gelegt, soll im Wirtschaftsausschuss entschieden werden, ob die Unternehmensförderung weitergeführt werde.

Landrat Weber informierte, dass das Land Niedersachsen Regionalbeauftragte als Ansprechpartner für die Kommunen bei den bisherigen vier Bezirksregierungen eingesetzt habe, die über die Vergabe der Landesmittel der KMU-Förderung entscheiden. Er plädiere dafür, den bisherigen Eigenanteil im Haushalt zu belassen.

Frau Saathoff erklärte, dass die bisherigen Ansätze mit einem Eigenanteil in Höhe von 250.000 Euro nur noch für das laufende Jahr eingeplant seien. Bei Fortsetzung nach 2014 müssten bei der Haushaltsplanung 2015 entsprechende Ansätze berücksichtigt werden.

Abgeordneter Strömer bewertete den Antrag als gut, da seiner Meinung nach, der Mittelstand unterstützt werden müsse.

Sodann wurde über den Antrag abgestimmt.

Beschlussvorlage-Nr. VIII-AF/2014/009:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine Förderrichtlinie für Investitionszuschüsse an Unternehmen und Existenzgründer für die nächsten Jahre zu erarbeiten. Es sollen dafür jährlich 250.000 Euro aus Kreismitteln zur Verfügung gestellt werden. Auf Grundlage des Richtlinien-Entwurfes soll im Wirtschaftsausschuss über die Weiterführung der Unternehmensförderung entschieden werden.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 6
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7.5

Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014: Unterstützungsleistungen für die ehrenamtliche Hospizarbeit im Landkreis Aurich
Vorlage: VIII-AF/2014/011

Da der Antrag der SPD-Fraktion den übrigen Ausschussmitgliedern erst in der Sitzung bekannt wurde, wird der Antrag zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7.6 **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Unterstützungsleistungen für Auslagen von ehrenamtlichen HelferInnen in der Arbeit mit Flüchtlingen und Asylbewerbern**
Vorlage: VIII-AF/2014/012

Da der Antrag der SPD-Fraktion den übrigen Ausschussmitgliedern erst in der Sitzung bekannt wurde, wird der Antrag zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7.7 **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Antrag auf Fördermittel für medienpädagogische Projekte 2014 im Landkreis Aurich**
Vorlage: VIII-AF/2014/013

Da der Antrag der SPD-Fraktion den übrigen Ausschussmitgliedern erst in der Sitzung bekannt wurde, wird der Antrag zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7.8 **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2014; Erhöhung des Haushaltsansatzes für Sanierungsmaßnahmen an Fahrradwegen**
Vorlage: VIII-AF/2014/014

Da der Antrag der SPD-Fraktion den übrigen Ausschussmitgliedern erst in der Sitzung bekannt wurde, wird der Antrag zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014**
Vorlage: VIII/2014/053

Die Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 soll im Kreistag und im Kreisausschuss erfolgen.

Beschlussvorschlag-Nr. VIII/2014/053:

Die Vorlage zum Erlass Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 wird zwecks Beratung und Beschluss an den Kreisausschuss und an den Kreistag verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Anfragen**

Frau Saathoff legte eine Folie zu den Kreditständen des Landkreises auf, um die Anfrage der GFA/FDP-Gruppe zu beantworten (Anlage 3). Da die Abschlüsse der Eigenbetriebe und beteiligten Unternehmen zum 31.12.2013 noch nicht vorlägen, sei die Aufstellung auf den 31.12.12 bezogen. Für den Kernhaushalt des Landkreises habe sie die gewünschten Daten außerdem zum 31.12.13 zusammengestellt. So hätten die Kredite des Kernhaushalts zum 31.12.13 einen Stand von 112.922.000 Euro und die Kassenkredite einen Stand von 55.465.00 Euro.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.



TOP 11 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Thiele schloss um 16.59 Uhr die 21. Sitzung des Finanzausschusses.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Dettmers
Protokollführerin